

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

25. Sitzung vom 26. September 2016 von 18:00 bis 20:35 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz	Andrea Duschén, Präsident
Protokollführung	Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.
Präsenz	Einwohnerrat 18:00 Uhr bis 18:15 Uhr Mitglieder des Einwohnerrats: 36 Absolutes Mehr: 19 Zweidrittelsmehr: 24 Einwohnerrat 18:15 Uhr bis 20:35 Uhr Mitglieder des Einwohnerrats: 37 Absolutes Mehr: 19 Zweidrittelsmehr: 25 Gemeinderat Paul Huwiler, Vizeammann Bruno Breitschmid, Gemeinderat Ruedi Donat, Gemeinderat Urs Kuhn, Gemeinderat Arsène Perroud, Gemeinderat Roland Vogt, Gemeinderat Weitere Anwesende Christoph Weibel, Gemeindeschreiber Roland Konrad, Leiter Abt. PBU Gregor Kaufmann, Finanzverwalter Marcel Christen, Kommandant Feuerwehr Dr. Ignaz Heim, Leiter KESD
Entschuldigungen	Walter Dubler, Gemeindeammann Edwin Hübscher, EVP Simone Burkard, CVP Sebastian Berns, GLP Julia Frischknecht, GLP (anwesend ab 18.15 Uhr)

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Ralf Grubert, SVP, und Daniela Oftinger, CVP
3. Ersatzwahl 2 Mitglieder Geschäftsprüfungskommission
4. Bericht und Antrag 13109 Genehmigung der Satzungsrevision des Gemeindeverbandes Kindes- und Erwachsenenschutzdienst (KESD) des Bezirks Bremgarten
5. Bericht und Antrag 13111 Genehmigung Verpflichtungskredit für die 2. Etappe Neuanlage Urnenfeld und Anpassungen Gemeinschaftsgrab Friedhof Wohlen
6. Bericht und Antrag 13110 Ersatzbeschaffung Atemschutzfahrzeug (ASF) für die Feuerwehr Wohlen
7. Bericht und Antrag 13116 Genehmigung Kreditabrechnung – Ersatzbeschaffung Autodrehleiter (ADL) für die Stützpunktfeuerwehr Wohlen
8. Bericht und Antrag 13115 Genehmigung Kreditabrechnung – Projektierungskredit Erneuerung Schwimmbad Bünzmatt und Neubau Eishalle Wohlen
9. Bericht und Antrag 13112 Genehmigung Kreditabrechnung – Planungskredit für die Erstellung eines Gestaltungsplanes für das Jacob Isler-Areal
10. Bericht und Antrag 13114 Genehmigung Kreditabrechnung – Baukredit Ausbau Gewerbering, 2. Etappe
11. Postulat 13054 Ergänzung des Konzepts „Politische Bildung bei Jugendlichen“
 - ▶ Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen
12. Motion 13087 Privatisierung der Grüngut-Entsorgung und Änderung des Abfall-Reglements
 - ▶ Der Gemeinderat ist bereit den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen
13. Motion 13093 betreffend Strom aus 100 Prozent erneuerbaren Energien für gemeindeeigene Bauten und öffentliche Beleuchtung
 - ▶ Der Gemeinderat nimmt die Motion entgegen
14. Motion 13092 betreffend Reduktion der Strassenbeleuchtung
 - ▶ Der Gemeinderat ist bereit Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen

Duschén Andrea, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 26. September 2016 zu verzeichnen:

- Einladung zur 25. Einwohnerratssitzung vom 26. September 2016
- Bericht und Antrag 13109 Genehmigung der Satzungsrevision des Gemeindeverbandes Kindes- und Erwachsenenschutzdienst (KESD) des Bezirks Bremgarten
- Bericht und Antrag 13110 Ersatzbeschaffung Atemschutzfahrzeug für die Feuerwehr Wohlen
- Bericht und Antrag 13111 Genehmigung Verpflichtungskredit für die 2. Etappe Neuanlage Urnenfeld und Anpassung Gemeinschaftsgrab Friedhof Wohlen
- Bericht und Antrag 13112 Genehmigung Kreditabrechnung Planungskredit für die Erstellung eines Gestaltungsplanes für das Jakob Isler-Areal
- Bericht und Antrag 13113 Genehmigung Kreditabrechnung – Erstellung der Erschliessung Quartier Rebberg
- Bericht und Antrag 13114 Genehmigung Kreditabrechnung – Baukredit Ausbau Gewerbering, 2. Etappe
- Bericht und Antrag 13115 Genehmigung Kreditabrechnung – Projektierungskredit Erneuerung Schwimmbad Bünz matt und Neubau Eishalle Wohlen
- Bericht und Antrag 13116 Genehmigung Kreditabrechnung – Ersatzbeschaffung Autodrehleiter für die Stützpunktfeuerwehr Wohlen
- Bericht und Antrag 13117 Genehmigung Kreditabrechnung – Generalplaner-Submission Entwicklung Bahnhof Wohlen
- Bericht und Antrag 13118 Budget 2017 der Gemeinde Wohlen
- Rücktrittsschreiben von Einwohnerrat Erwin Koch, CVP
- Einladung zum 14. Wohler Wirtschaftstreffen am 27. Oktober 2016
- Bericht und Antrag 13119 Entwicklung Bahnhof Wohlen
- Einladung zur 26. Sitzung des Einwohnerrates am 17./18. Oktober 2016
- Anfrage der SVP 13120 betreffend Standortmarketing und Legislaturziele

Es liegt auf:

- Vier Prüfungsberichte der Finanzkommission zu den heutigen Kreditabrechnungen

Mitteilung Gemeinderat

Huwiler Paul, Vizeammann: Im Namen des Gemeinderates teile ich Ihnen den Freudeausdruck über das Abstimmungsergebnis der zwei Vorlagen von gestern mit. Es war eine sehr grosse Zustimmung für die zwei Vorlagen der Badi und der Eisbahn. Wir möchten uns bei der ganzen Bevölkerung von Wohlen bedanken, dass Sie so abgestimmt haben. Nun können wir endlich nach langer Planungsphase in die Realisierungsphase hinübergehen. Ich freue mich bereits jetzt schon, dass wir im 2018 die Anlage in Betrieb nehmen können.

Fraktionserklärung

Stäger Urs, SVP: Bekanntlich war heute die zweite Verhandlung gegen Walter Dubler vor dem Obergericht. Er wurde schuldig gesprochen und die Strafe wurde erhöht. Aus diesem Grund möchten wir mit einer dringlichen Motion den Gemeinderat auffordern, betreffend Amtsenthebung aktiv zu werden. Wir sammeln Unterschriften und wir möchten dies auch überparteilich machen. Im Moment haben wir bereits 14 Unterschriften. Wie Sie sehen können, sind auch schon Mitglieder des Einwohnerrates aus anderen Parteien dabei.

Mitteilung Präsident

Duschén Andrea, Präsident: Vor drei Wochen haben sich die Einwohnerratspräsidenten und Vizepräsidenten der 10 Einwohnerräte des Kantons Aargau zur alljährlichen Zusammenkunft und zum Gedankenaustausch getroffen. Bei den Gesprächen habe ich auch die anstrengende Budgetsitzung im Einwohnerrat von Wohlen angesprochen. Im Normalfall wird es dutzende Anträge geben, wovon vielleicht drei angenommen werden, meist mit marginalen Beträgen.

Liebe Anwesende, wissen Sie, dass es im Kanton Aargau Einwohnerräte gibt, welche die Budgetsitzung in 45 Minuten abgehandelt haben? Der Unterschied liegt nicht in der Oberflächlichkeit, sondern Änderungs- und Kürzungsanträge werden von den Einwohnerräten vor der Sitzung mit der Verwaltung abgeklärt.

Ich habe für die Budgetsitzung, wie üblich, zwei Abende reserviert. Wir alle sind bestrebt, das Budget an einem Abend behandeln zu können. Darf ich Sie bitten, Änderungs- und Kürzungsanträge im Vorfeld mit den zuständigen Chefbeamten abzuklären. Es sind alle gerne bereit auch telefonisch Auskünfte zu erteilen. Somit können wir lange Erklärungen während der Budgetsitzung vermindern. Sie werden es sicher verstehen, dass ich den Namen des Einwohnerrates, der solch kurze Budgetsitzungen hat, nicht nennen kann. Ich hätte es gerne gesagt, aber ich habe es den Lenzburgern versprochen.

Verabschiedung

Duschén Andrea, Präsident: Rücktritt von Erwin Koch aus dem Einwohnerrat. Er verliert das Rücktrittsschreiben.

Inpflichtnahme Ralf Grubert, SVP, und Daniela Oftinger, CVP

Duschén Andrea, Präsident: Liest das Amtsgelübde vor.

Ralf Grubert, SVP, und Daniel Oftinger, CVP, leisten für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Ralf Grubert ist somit als Nachfolger von Ramon Pfister und Daniela Oftinger ist als Nachfolgerin von Franz Wille in Pflicht genommen.

Ersatzwahl 2 Mitglieder Geschäftsprüfungskommission

Eberhart Andreas, SVP: Wir empfehlen Marco Palmieri zur Wahl in die GPK und wir bitten um Ihre Unterstützung. Marco Palmieri ist überall bekannt und er bereitet sich jeweils für alle Geschäfte sehr gut vor. Zudem macht er in der SVP einen sehr guten Job. Es ist uns ein Anliegen, dass jemand in der GPK ist, der die Geschäfte kritisch hinterfragt und dem Gemeinderat auch kritische Fragen stellt. Eine Ablehnung unseres Kandidaten würde die SVP als direkten Eingriff in unsere Demokratie anschauen. Aufgrund der Parteigrösse haben wir fairerweise weiterhin Anspruch auf einen zweiten Sitz in der GPK.

Meyer Meinrad, CVP: Thomas Hoffmann ist ein versierter Finanzfachmann und Präsident der FIKO. Ich muss ihn nicht näher vorstellen, denn es kennen ihn alle hier im Saal. Er hat sich grosszügiger Weise als Nachfolger von Franz Wille zur Verfügung gestellt. Ich möchte Ihnen Thomas Hoffmann empfehlen, denn es ist wichtig, dass wir in der GPK finanzielle gut situierte Leute haben, die beurteilen können. Es sind immer viele Geschäfte finanzieller Art. Unterstützen Sie Thomas Hoffmann für die CVP.

Burkard Thomas, Grüne: Ich möchte gerne noch etwas zu dieser Wahl sagen. Ich möchte als erstes klarstellen, dass ich die Wahl von Thomas Hoffmann in die Geschäftsprüfungskommission oder allenfalls von anderen Personen nicht verhindern möchte. Mir geht es nicht darum und es ist auch nicht mein Ziel. Trotzdem erlaube ich mir ein paar kritische Gedanken zu äussern. Ich meine, es bricht mit der Wahl eines FIKO-Mitgliedes oder jetzt sogar des FIKO-Präsidenten in die GPK in Wohlen eine neue Ära an. Bislang hatten wir traditionell zwei getrennte Kommissionen, GPK und FIKO, gehabt. Ich bin der Meinung, dass es nicht im Sinn und Geist entspricht, wenn man beide Kommissionen personell vermischt. Zugegeben, es gibt keinen Paragraphen, der dies verhindern oder sogar verbieten würde. Jedoch war es bislang auch nicht üblich, dass dies so stattfindet.

Konsultiert man andere Gemeinden im Kanton Aargau, dann sieht man, dass es nur noch wenige Gemeinden gibt, welche sowohl eine GPK wie auch eine FIKO haben. Zu denen gehören Oftringen und Spreitenbach. In den zehn Gemeinden, welche eine Organisation mit Einwohnerrat haben, sind nur noch Wettingen und Wohlen, welche hierfür zwei Kommissionen haben.

Alle anderen Gemeinden leisten sich nur noch eine sogenannte „Superkommission“ mit normalerweise 9 Mitgliedern. Die „Superkommission“ besteht aus GPK und FIKO. Ich denke, dass Wohlen sich auch Gedanken machen muss über diese Variante, denn zumindest die grösseren Parteien haben nicht mehr genügend Personal zur Verfügung. Ich frage mich, ob dies wirklich der richtige Weg ist, wenn wir diese beiden Kommissionen zu vermischen beginnen. Ich bin der Meinung, dass wir uns vor der Wahl klarwerden müssen, für welche Variante wir uns entscheiden. Zur Auswahl steht einerseits die Option von zwei getrennten Kommissionen, also wie bisher GPK und FIKO oder die beschriebene „Superkommission“. Alles andere finde ich persönlich problematisch oder unglücklich.

Stäger Urs, SVP: Ich fühle mich legitimiert, Thomas Burkard Antwort zu geben, denn ich war selbst vier Jahre lang Mitglied der FIKO und ich bin schon im siebten Jahr in der GPK. Es kommt immer wieder vor, dass es Geschäfte gibt, welche beide Kommissionen betreffen. Es ist vermutlich nicht vorgesehen, dass man in eine Superkommission wechselt, denn die Finanzgeschichte ist sehr umfangreich und gibt massiv mehr Arbeit als die GPK. Somit müssen diese zwei Kommissionen weiterhin getrennt bleiben. Wir hatten in der Vergangenheit schon gemeinsame Sitzungen, FIKO und GPK, die sich als sehr gut herausstellten. Vor allem dann, wenn Themen zur Behandlung gelangten, welche beide Kommissionen betreffen. Ich begrüsse es sehr, dass Thomas Hoffmann sich zur Verfügung stellt, denn wir haben hier einen kompetenten Mann, der die finanziellen Aspekte der verschiedenen Geschäfte beurteilen kann.

Meyer Meinrad, CVP: Urs Stäger hat schon fast alle Aspekte genannt, die ich sagen wollte. Ich möchte nur noch ein Beispiel nennen. Beim Projekt Schwimmbad/Kunsteisbahn, bei welchem wir eine sehr erfreuliche Volksabstimmung hatten, habe ich als Präsident der GPK und Thomas Hoffmann als Präsident der FIKO die Sitzung gemeinsam geleitet. Wir konnten gemeinsam ein Statement vor der Presse veröffentlichen. Ich

denke, dass dies eine sehr wichtige Initialzündung war, für das positive Ergebnis, welches wir erreicht haben. Ich möchte nicht von einer „Superkommission“ sprechen und ich gebe Thomas Hoffmann Recht, dass es eine sehr grosse Mehrbelastung ist, wenn man in beiden Kommissionen ist. Daher möchte ich Thomas Hoffmann recht herzlich danken, dass er die Mehrbelastung auf sich nimmt. Ich möchte ihn zur Wahl vorschlagen.

Wahlprotokoll

für die Wahl von 2 Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission

Zahl der Anwesenden			37
Eingelegte Wahlzettel			37
abzüglich	ganz leere0	
	ungültige0	- 0
			<hr/>
In Betracht fallende Wahlzettel			37
Anzahl der zu Wählenden			2
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen			74
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen			- 1
Gesamtzahl der gültigen Stimmen			73
Absolutes Mehr: Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2			19

gewählt

Stimmen haben erhalten:	1	2	Stimmen
Thomas Hoffmann			32
Christian Lanz			20
Marco Palmieri			12
Tobias Breitschmid			3
Regula Iten			3
Edwin Brunner			2
Harry Lütolf			1

Lanz Christian, SVP: Ich nehme die Wahl an.

Hoffmann Thomas, CVP: Ich nehme die Wahl an.

Bericht und Antrag 13109 Genehmigung der Satzungsrevision des Gemeindeverbandes Kindes- und Erwachsenenschutzdienst (KESD) des Bezirks Bremgarten

Sax Simon, GPK: Zum Beginn eine kurze Begriffserklärung. Der Kindes- und Erwachsenenschutzdienst, kurz KESD, ist der ausführende Dienst, der die Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, kurz KESB, umsetzt. Bei dem vorliegenden Bericht und Antrag 13109 geht es um den KESD, also um den Ausführenden Dienst, der früher Amtsvormundschaft hiess. Es handelt sich hierbei um einen Gemeindeverband, indem sich 17 Gemeinden vom Bezirk Bremgarten zusammengeschlossen haben. Der Einwohnerrat von Wohlen ist heute die erste Gemeinde, die über die neuen Satzungen befindet. Die anderen Gemeinden werden die Anpassungen in der Herbst- resp. Wintergemeindeversammlungen traktandieren. Neben der Namensänderung sind in den neuen Satzungen noch folgende wesentliche Änderungen enthalten:

1. Das Stimmrecht ist nicht mehr fix pro Gemeinde. Sondern in Abhängigkeit der Einwohnerzahl der Gemeinde.
2. Zukünftige Satzungsänderungen können von der Abgeordnetenversammlung abgeändert werden. Jedoch benötigt es eine 2/3 Mehrheit.
3. Es gibt nun neu klare finanzielle Kompetenzen. Dies existierte bis anhin nicht.
4. Es gibt einen neuen Kostenschlüssel mit einem fixen und variablen, sprich aufwandbezogenen, Schlüssel

Auch wenn nicht alle glücklich darüber sind, dass die Abgeordnetenversammlung der KESD, die Satzungsänderungen neu selbst bestimmen kann und über eine eigene finanzielle Kompetenz verfügt, erachtet die GPK in Summen die vorgeschlagenen Änderungen als eine Verbesserung gegenüber der bisherigen Situation. Es gibt zudem anzumerken, dass der KESD keinen JEKAMI-Verein ist, denn es existieren klare gesetzliche Grundlagen, die eingehalten werden müssen. Ebenfalls muss die Rechenschaftspflicht gegenüber dem KESB bestehen. Eine Minderheit der GPK befürchtet für die Gemeinde einen Verlust über die finanzielle Kontrolle. Mehrheitlich unterstützt die GPK den vorliegenden Bericht und empfiehlt daher um Zustimmung des Rates. Damit wir zeitlich schneller vorwärts kommen, erwähne ich noch, dass die Fraktion GLP/EVP den Bericht wohlwollend zur Kenntnis nimmt und zustimmt.

Breitschmid Bruno, Gemeinderat: Ich danke dem GPK-Sprecher für seine gute Erläuterung über den KESD und die KESB, denn viele Gemeinden verwechseln diese zwei Dienste miteinander. Simon Sax hat erklärt, dass man die Satzungen in Zukunft selbst anpassen kann. Dies ist nicht nur bei uns so, sondern auch in anderen Verbänden. Man möchte so den ganzen Aufwand verhindern, dass nicht alle Verbandsgemeinden jeweils über die Satzungsänderungen beschliessen müssen. Zudem haben wir die Referendumsmöglichkeit. Fünf Gemeinden könnten zusammen mit dem Gemeinderat ein Behördenreferendum ergreifen. Somit ist diese Hürde relativ tief. Dies soll ein Schutz für die Gemeinden sein. Ebenfalls haben wir das Zweidrittelmehr eingebaut, sodass nicht an der Abgeordnetenversammlung ein Zufallsentscheid entsteht.

Fraktionsmeinungen

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Heute Abend werden mehrere Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte die neuen Satzungen der KESD des Bezirks Bremgarten aus drei Gründen ablehnen.

1. Sie finden es nicht gut, dass der KESD künftig die Satzungen selbst ändern kann ohne vorherige Genehmigung der Gemeinden.
2. Sie sind nicht damit einverstanden, dass der KESD jährliche wiederkehrende Ausgaben bis CHF 300'000 und Verpflichtungskredite bis CHF 500'000 selber bewilligen kann.
3. Der Hauptgrund für die Ablehnung wird sein, dass Sie unzufrieden sind mit der Arbeit der KESD

Die Fraktion FDP Wohlen/Dorfteil Anglikon teilt die Sorgen, dass der Verband ein eigenständiges Leben führt mit unzulänglichen Kontrollen durch die Gemeinden. Damit eine Organisation funktionieren kann, muss man entscheiden können. Dazu gehört, dass Sie die Ausgaben selbst tätigen können und allfällige Unzulänglichkeiten in der Organisation selbständig ändern kann. Unserer Meinung nach ist es zwingend,

dass der Verband jährlich Rechenschaft ablegt in Form eines Berichtes, der dann im Einwohnerrat besprochen wird. Nur so ist gewährleistet, dass die Tätigkeiten der KESD überwacht werden und dass bei Fehlentwicklungen eingeschritten werden kann. Ich erinnere Sie gerne daran, dass die Ausgaben für den Kinder- und Erwachsenenschutz jährlich wachsen und somit unser Budget immer stärker belasten. Wir fordern keine Änderungen der Satzungen, weil dieses Anliegen die Gemeinde Wohlen und nicht den Verband mit den angeschlossenen Gemeinden betrifft. Auf die nächste Legislatur wird die Gemeindeordnung überarbeitet. Wir fordern den Gemeinderat auf, darin verbindlich festzuhalten, dass dem Einwohnerrat jährlich die Berichte von sämtlichen Verbänden zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Und zum Schluss noch ein Wort an alle Mitglieder des Einwohnerrates, welche aus Protest gegen die Arbeit der KESD sind. Sie werden mit ihrem Nein gar nichts verändern, sondern den unmöglichen Zustand aufrechterhalten, dass Wohlen als mit Abstand grösste Gemeinde und grösste Beitragszahlerin, das gleiche Stimmrecht hat wie Gemeinden, die über zehn Mal kleiner sind.

Iten Regula, CVP: Der Fraktion CVP erscheint es positiv, dass Wohlen als grösste Verbandsgemeinde neu auch grösseren Stimmfluss und somit auch mehr Gewicht erhält. Zudem werden mit den neuen Satzungen die Kosten differenzierter abgerechnet. Die CVP bedankt sich für die Arbeit und stellt sich grossmehrheitlich hinter diesen Bericht und Antrag.

Keller Anna, Grüne: Die Revision bringt unserer Meinung nach für die Gemeinde Wohlen klar eine Verbesserung. Wir benötigen so oder so ein Vollzugsorgan für die Entscheide des Familiengerichtes. In der Gemeinde Wohlen wird diese Aufgabe durch den KESD ausgeführt. Wohlen kann als grösste Gemeinde im Verband somit mit neu 16 Stimmen den Lead übernehmen. Dies ist insbesondere sinnvoll, da wir nicht nur die grösste Einwohnerzahl aufweisen, sondern weil auch die meisten von den betroffenen Menschen hier ihren Wohnsitz haben. Die bisherige Regelung mit zwei Stimmen pro Gemeinde trug diesem Umstand keinerlei Rechnung. Unsere Partei erachtet dies als eine gute und sinnvolle Änderung. Auch die Finanzen der wiederkehrenden Ausgaben und der Verpflichtungskredite werden transparent geregelt. Wir haben das Geld zwar auch bisher ausgegeben, aber jetzt wissen wir genauer Bescheid und es ist klar geregelt. Wir unterstützen die Revision der Satzungen einstimmig.

Stäger Urs, SVP: Thomas Geissmann hat mir zumindest während der GPK-Sitzung gut zugehört. Diesem Vertragswerk dürfen wir nicht zustimmen, denn damit stellen wir den Verband auf eigene, autonome Füsse und können nie mehr Einfluss nehmen. Das wird Jahr für Jahr zu Mehrausgaben führen und bald jährlich mehr als eine Million kosten. Natürlich wird der Betrag jährlich im Budget zu finden sein und wenn wir ihn kürzen wollen so wird die Antwort folgende sein: Das können wir nicht kürzen, auf Grund des jetzt vorliegenden Vertragswerk. Nicht alles was der KESD macht ist schlecht, aber es gibt leider einiges. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Personalfuktuation enorm hoch ist. Dies wiederum bedeutet, dass auch die Betreuung der Klienten alles andere als vorbildlich ist. Jeder neue Mitarbeiter beginnt bei der Betreuung wieder nach Lehrbuch neu an, ohne die Vorgeschichte zur Kenntnis zu nehmen. Leider sind mir solche Fälle bekannt. Eine solche Handhabung führt letztendlich zu einer enormen Kostensteigerung.

Wichtig zu wissen ist auch, dass der KESD der Gemeinde Wohlen gegenüber nicht rechenschaftspflichtig ist. So bezahlt aktuell der KESD an zwei Orten Miete, die Büros befinden sich jedoch nur einem Ort. Dies nicht zuletzt wegen Unfähigkeit der Führung. Auch sind deshalb bereits fünf Gemeinden aus dem Verband ausgetreten. Meiner Meinung nach wäre es für uns wesentlich günstiger aus dem Verband auszutreten und allenfalls im Sozialamt den Stellenetat zu erhöhen. Es sind nämlich dreiviertel des KESD-Budgets Personalausgaben! Wir stimmen dem vorliegenden Bericht und Antrag mehrheitlich nicht zu.

Meier Cyrille, SP: Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, welche an der Revision mitgearbeitet haben. Für uns macht die Zustimmung der Revision Sinn, denn wir erhalten bei der Abgeordnetenversammlung das grössere Stimmrecht. Wir sind mit Abstand die grösste Gemeinde hier im Bezirk. Zusätzlich wurde uns klar aufgezeigt, was für ein Leistungsangebot der KESD geben würde und was für Klienten betroffen sind. Die Finanzierung mit den transparenten Kostenverteilschlüssel ist uns ebenfalls klar. Grundsätzlich haben wir heute eine gute Chance, dass der Revision zugestimmt wird. Dies wäre ein gutes Zeichen gegen aussen für die anderen Gemeinden, die noch über diese Revision abstimmen werden. Dementsprechend werden wir der Revision zustimmen.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich möchte kurz Stellung zum Votum von Urs Stäger nehmen. Es wurden gewisse Dinge in den Raum gestellt, die aus Sicht des Gemeinderates nicht so stehen gelassen werden können. Es ist nicht so, dass die Gemeinde keine Einsicht oder keinen Einfluss auf den KESD hat. Die Vorstandsmitglieder des KESD sind alles Gemeinderäte inkl. Gemeinderat Bruno Breitschmid, welcher den Vorsitz hat. Dem Gemeinderat Wohlen ist es wichtig, dass der Gemeinderat zentral eine wichtige Rolle beim KESD spielt. An der Abgeordnetenversammlung sind ebenfalls Gemeinderäte vertreten, wenn das

Budget vereinbart wird oder die Rechnung abgenommen wird. Hierbei nimmt der Gemeinderat Wohlen seine Rolle sehr wohl wahr. Wenn Sie heute diesen Satzungen nicht zustimmen, dann haben Sie schlicht und einfach die Situation von heute. Denn dann würden die gleichen Satzungen bestehen bleiben. Das heisst konkret, dass ein Kostenteiler bestehen bleibt, welcher einerseits intransparent und andererseits auch nicht zukunftsgerichtet ist. Wir haben miserable Stimmrechtsverhältnisse für die Gemeinde Wohlen. Dies sind heute nämlich lediglich zwei Stimmen. Das sollte man verbessern. Wir nehmen die Funktion von einer Gemeinde wahr, welche in der Region eine wichtige Rolle spielt. Eine wichtige Rolle bezogen auf die sozialen Dienstleistungen, wenn es darum geht, diese Menschen zu unterstützen.

Es ist völlig klar, dass das Thema Vormundschaftswesen in Bezug auf den KESD sehr emotional beladen ist. Es darf einfach nicht passieren, dass man aufgrund von persönlichen und schwierigen Erlebnissen, für die wir absolutes Verständnis haben, die Strukturen nicht erneuert. Wir haben jetzt die Möglichkeit die Strukturen so zu gestalten, dass wir mit diesem Verband den Weg in die Zukunft beschreiten können. Bitte stimmen Sie diesen Satzungen zu, damit wir ein Zeichen gegenüber den anderen Gemeinden setzen können.

Einzelvoten

Geissmann Thomas, FDP: Mich interessiert die Meinung des Gemeinderates diesbezüglich. Wir haben jährlich den Bericht des Abwasserverbandes und denjenigen der Schule. Nun frage ich mich, weshalb es keinen Bericht des Verbandes des Kindes- und Erwachsenenschutzdienstes gibt. Hier sind meiner Meinung nach die finanziellen Konsequenzen grösser. Dieses Vorgehen ist für mich unverständlich.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat sich dieser Thematik ebenfalls angenommen. Im Rahmen der Gesamtrevision der Gemeindeordnung ist dies ein Thema. Der Einwohnerrat kann darin festlegen, wie mit diesen Berichten zukünftig umgegangen werden soll.

Palmieri Marco, SVP: In diesem Bericht und Antrag der Satzungsrevision fehlen meiner Meinung nach wichtige Informationen. Die Informationen habe ich nachträglich von Dr. Ignaz Heim und dem Gemeinderat erhalten, damit ich mich mit dem Geschäft befassen konnte. Das Thema rund um den KESD und die KESB ist sehr wichtig und es kann uns alle betreffen.

Ich gehe davon aus, dass hier im Saal alle eine Generalvollmacht und einen Vorsorgeauftrag erstellt haben, um sich so abzusichern, dass bei einer ausfallenden Handlungsfähigkeit auch die Angelegenheiten geregelt werden können.

Im Jahr 2015 hat die Gemeinde Wohlen dem KESD CHF 750'000 bezahlt. Die Gemeinde konnte dann den Klienten CHF 105'000 weiter verrechnen. Somit ist in der Gemeindekasse eine Belastung von CHF 650'000 ausgewiesen. Die Gemeinde kann diesen Betrag nur weiter verrechnen, wenn der Klient über mindestens ein Vermögen von CHF 15'000 verfügt. Im Jahr 2015 verzeichnete die Gemeinde Wohlen insgesamt 263 Fälle. Die Fallkosten betragen etwa CHF 2'850. Der KESD-Aufwand in der Jahresrechnung betrug CHF 2 Mio. Im ganzen Bezirk Bremgarten waren total 643 Fälle registriert. Werden die Fallkosten umgerechnet, erhält man als Ergebnis CHF 3'100. Von den betroffenen Personen sind 80% volljährig und 25% sind pensioniert.

Wie Sie wissen, sind 22 Gemeinden bei diesem Gemeindeverband angeschlossen. Es sind fünf Gemeinden aus dem Verband ausgetreten. Die Beweggründe sind mir bekannt. Es sind dies die unfähige Führung, die überrissenen Kosten (beispielsweise betreffend der Liegenschaftskosten), nicht eingehen von Verbesserungsvorschlägen, Inflexibilität, Eingriff in das Gemeindegesetz und Ineffizienz.

Die neuen Satzungen schränken die Gemeinden weiter ein und das Gemeindegesetz wird ausgehebelt. Der Einwohnerrat hat keinen wesentlichen direkten Einfluss mehr. Für die Zukunft der Gemeinde Wohlen gibt es einige Möglichkeiten. Weiterhin diesem Verband angehören und die neuen Satzungen akzeptieren oder die Dienstleistung bei unserem Sozialamt mit geeigneter Infrastruktur und Kapazität neu einzubinden oder eine Dienstleistung eines Privatbieters. Bei den austretenden Gemeinden steht derzeit zur Diskussion, sich an einen kleinen Verband anzuschliessen oder selber einen Verband zu gründen. Es ist also mit dieser Satzung sicher ein Weg. Aber generell muss man sich fragen, ob der politische Vorstoss der richtige ist oder ob es hier eine Intervention benötigt.

Die Erfahrung der ausgetretenen Gemeinden und dass man keinen direkten Einfluss mehr haben soll, sind für mich sehr gute Gründe, dieser Satzung heute nicht zuzustimmen.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Marco Palmieri beschuldigt den KESD mit seinem Votum ungerechtfertigt. Ich kann seine Argumentation nicht nachvollziehen und es ist mir ein Rätsel, woher Marco Palmieri diese Informationen erhalten hat. Ich nahm an sämtlichen Abgeordnetenversammlungen und Sitzungen der Arbeitsgruppen teil. Die ausgetretenen Gemeinden äusserten sich nie auf eine solche Art und Weise auf dem offiziellen Weg. Die fünf Gemeinden, welche ihren Austritt aus dem Verband beschlossen haben, verfügen mit jeweils zwei bis zehn Fällen über sehr geringe Fallzahlen. Wir haben bei uns 263 Fälle registriert. Es ist wohl sehr unwahrscheinlich, dass ein privater Anbieter die Dienstleistungen günstiger erbringt als der KESD. Beim privaten Dienstleister fallen sämtliche Kosten auf der Personalseite an. Und wenn das Personal einigermaßen gleich bezahlt wird, kostet es schlussendlich unter dem Strich gleich viel. Kleine Gemeinden, welche ausgetreten sind, können sich dies erlauben. Ich kann mir kaum vorstellen, dass ein privater Dienstleister die Möglichkeit hat, 263 Kindes- und Erwachsenenschutzfälle der Gemeinde Wohlen vom einen auf den anderen Tag zu übernehmen.

Der Einwohnerrat kann sich heute für oder gegen die neuen Satzungen entscheiden. Ich empfehle jedoch grundsätzlich im Verband zu verbleiben und mit diesem einen gemeinsamen Weg in die Zukunft zu finden. Alles andere hätte sowohl für die Gemeinde Wohlen wie auch für die anderen Gemeinden weitreichende Konsequenzen. Die Gemeinde Wohlen sollte ihre Funktion als Zentrumsgemeinde wahrnehmen und sich nach vorne bewegen.

Breitschmid Bruno, Gemeinderat: Das Votum von Marco Palmieri betreffend der Unzufriedenheit bezieht sich auf den liquidierten Verein. Die Gemeinden haben damals mitgeteilt, dass sie aus dem KESD austreten werden. Sie sind nicht ausgetreten, weil sie mit dem KESD von uns nicht zufrieden sind. Dies ist sogar in den Rücktrittsschreiben ersichtlich. Ich bitte Sie, dass Sie bei der Korrektheit bleiben und nicht wirre oder unqualifizierte Aussagen machen. Sollte die Gemeinde den Dienst selber ausführen, wären die Kosten keinesfalls geringer. Der durchschnittliche Stundenansatz eines Mitarbeitenden des KESD ist deutlich tiefer als der Stundenansatz eines Mitarbeitenden der Gemeinde Wohlen.

Palmieri Marco, SVP: Das waren nicht meine Eindrücke. Ich kenne den KESD nicht. Das sind Aussagen, welche ich erhalten habe. Dies sollte man hier drinnen sehr wohl aussprechen dürfen. Vielleicht kann die Lösung mittels einem politischen Vorstoss gefunden werden. Ich frage mich, ob wir uns heute auf dem richtigen Weg bewegen. Diese Frage darf man sich hier im Saal bestimmt stellen. Wenn dies nicht der Fall ist, frage ich mich, für was wir hier her gekommen sind.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung der vorliegenden Revision der Satzungen des Kindes- und Erwachsenenschutzdienstes (KESD) des Bezirks Bremgarten

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Bericht und Antrag 13111 Genehmigung Verpflichtungskredit für die 2. Etappe Neuanlage Urnenfeld und Anpassungen Gemeinschaftsgrab Friedhof Wohlen

Meyer Meinrad, Präsident GPK: Dass die Urnenplattengräber vorzeitig erweitert werden müssen, hat sich schon länger abgezeichnet. Der vorliegende Bericht und Antrag kommt somit nicht überraschend. Sind doch bei einem Todesfall die Kosten für ein Gemeinschaftsgrab nur gering tiefer als für ein Urnenplattengrab. Für die GPK ist es nicht nachvollziehbar, dass der vorliegende Bericht und Antrag erst jetzt dem Einwohnerrat vorgelegt wird, wenn die Zeit eigentlich schon zu knapp ist. Alle wussten, dass die Erweiterung der 2. Phase schneller vorgenommen werden muss. Etwas unternommen hat jedoch niemand und jetzt eilt es.

Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission diskutierten eingehend die Honorare, welche mit einem Betrag von CHF 119'500 angesetzt sind und somit sehr hoch ausfallen. Dieser Betrag entspricht etwa einer 100%-Stelle. Auf Nachfragen bezüglich einzelner Positionen wurde uns mitgeteilt, dass der SIA Tarif immer voll ausgeschöpft wurde. Dieses Projekt musste indessen nicht neu erfunden werden. Es ist nur eine Erweiterung eines bestehenden Konzeptes. Die GPK ist einstimmig der Meinung, dass die Kosten sehr hoch sind und die berechneten Honorare reduziert werden müssen. Wäre die Zeit nicht dermassen knapp bemessen, hätte die GPK den Antrag auf Rückweisung des Geschäftes gestellt. Nun stellen wir einen Änderungsantrag, dass der Bruttoverpflichtungskredit um CHF 50'000 zu reduzieren ist. Diese Honorare soll der Gemeinderat nachverhandeln oder neu ausschreiben. Insbesondere die im Honorarvertrag aufgeführten Leistungen bezüglich der gestalterischen Leitung, der Bauleitung und der Kostenkontrolle von CHF 38'536 sind zu hinterfragen. Die Bauleitung bei diesem einfachen Projekt könnte auch intern durch die Verwaltung gelöst werden. Der Verpflichtungskredit ist neu auf brutto CHF 740'000 inkl. MWST abzuändern. Stimmen Sie bitten diesem Antrag zu und Wohlen kann die Erweiterung vom Friedhof mit den neuen Urnenplattengräbern rechtzeitig in Betrieb nehmen. Die GPK wird nur dieser Kreditkürzung zustimmen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ich danke dem Sprecher der GPK für die gute Aufnahme des Geschäftes. Insofern dass die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Handlungsbedarfs gesehen wird, die Erweiterung zu realisieren. Die Differenz, welche vorliegt, bezieht sich auf die Finanzen und nicht auf die Sache des Geschäftes.

Der Gemeinderat hat nach besten Wissen und Gewissen die Kosten erhoben. Wir können darüber diskutieren, ob die Planungskosten zu hoch sind oder nicht. Der GPK wurden nach der Geschäftsprüfungskommissionssitzung sämtliche Offerten des entsprechenden Büros nachgereicht. In diesen ist auch ersichtlich, dass der Wiederholungsfaktor vollumfänglich eingerechnet ist. Man hat berücksichtigt, dass man bereits vorgängig schon einmal an dieser Anlage gearbeitet hat.

Sie beschliessen hier heute über einen Verpflichtungskredit. Bei allen Verpflichtungskrediten liegt die alleinige Kompetenz beim Gemeinderat, wie er die Gelder, die er ausgewiesen hat, einsetzt. Sie können nicht einseitig bei den Planungskosten einen Antrag stellen, sondern lediglich den Gesamtkredit um diesen Betrag kürzen. Dies liegt selbstverständlich in der Kompetenz des Einwohnerrates. Die Umsetzung d. h. wo man diese Einsparungen macht und wie man dies dann umsetzt, liegt in der Hand des Gemeinderates.

Nun komme ich kurz zu den Auswirkungen, die dies haben könnte. Wir schreiben nur mit einem Kriterium aus und zwar nach dem Preis. Somit nehmen wir den günstigen, der vielleicht nicht unbedingt der Beste ist. Das könnte wiederum dazu führen, dass der Aufwand bei der Baubegleitung grösser werden könnte. Wir nehmen gewisse Aufgaben aus dem Honorar heraus und lösen diese verwaltungsintern. Die Abteilung Planung, Bau und Umwelt verfügt derzeit über knappe personelle Ressourcen und alle Mitarbeitenden sind bereits mit anderen Projekten und Aufgaben ausgelastet. Würden wir nun eine Person für das vorliegende Projekt abziehen, dann würde diese bei anderen Projekten fehlen, was wiederum Verzögerungen mit sich bringen würde.

Ich weise darauf hin, dass auch die interne Einsetzung von Mitarbeitern Kosten generiert. Auch eine verwaltungsinterne Baubegleitung kostet etwas. Auch den Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung muss ein Lohn bezahlt werden. Diese Kosten müssten somit zwingend einberechnet werden. Selbstverständlich wird der Gemeinderat im Rahmen der Umsetzung des Projektes auf eine Kostenoptimierung und auf Kosteneinsparungen achten, so wie bei allen anderen Projekten auch. Wir sind eigentlich auf einem guten Weg

und der Meinung, dass wir mit diesem Kredit das Projekt seriös und gut ausführen können. Wir bitten Sie den Änderungsantrag der GPK abzulehnen und dem vorliegenden Bericht und Antrag zuzustimmen.

Meyer Meinrad, Präsident GPK: Die GPK stellt den Antrag auf den Gesamtkredit, damit dieser um CHF 50'000 auf CHF 740'000 gekürzt wird. Eine Kürzung bei den Honoraren vorzunehmen ist der Vorschlag und Hinweis der Kommission. Wir sehen hier, nach der Prüfung des Geschäftes, eine Einsparmöglichkeit. Selbstverständlich können wir das nicht vorschreiben.

Fraktionsmeinungen

Severa Jan L., FDP: Der Handlungsbedarf für die Bereitstellung weiterer Urnengräber ist in unserer Fraktion unbestritten. Wir stören uns aber daran, dass dieser bereits seit längerem bekannt ist und der Gemeinderat einmal mehr mit Notrecht eine Ausgabe ohne Einwilligung des Einwohnerrates beschlossen hat. Trotz Personalmangel sollte mindestens eine vorgängige Information der FIKO drin liegen. Wie die GPK kommen wir zum Schluss, dass die budgetierten Beträge für das vorliegende Vorhaben zu hoch sind. Daher unterstützen wir den Antrag der GPK einstimmig. Sollte dieser angenommen werden, werden wir auch die Vorlage einstimmig unterstützen. Andernfalls wird eine Mehrheit unserer Fraktion den Bericht und Antrag in der vom Gemeinderat beantragten Form ablehnen.

Stirnemann Alex, SP: Die SP sieht den Bedarf der geplanten Arbeiten aufgrund der Nachfrageveränderung. Meiner Meinung nach ist dies eine Nachfrageveränderung. Ich nehme kurz Bezug auf den Vorschlag der GPK, dass man die Honorare kürzt. Dies hat zur Folge, dass man den gesamten Kredit kürzen würde. Wir finden es nicht unbedingt ein seriöses Vorgehen, wenn wir uns nicht an Normwerte halten. Wir möchten nur die Hälfte dafür ausgeben. Es sind schliesslich Normwerte, die irgendwie berechnet worden sind und die man in der Vergangenheit auch immer akzeptiert hat. Jetzt plötzlich ist dies offenbar doppelt so hoch und man fordert eine Kürzung um die Hälfte. Wir finden dies nicht der richtige Weg, wie man mit den Honoraren umgeht und herumjongliert. Der weitere Vorschlag, dass man dies intern lösen würde, macht keinen Sinn, wenn man nicht bedenkt, dass die Kosten auch bei der Gemeinde anfallen würden oder auf die andere Seite gesehen, dass andere Projekte, die auch dringend wären, herausgeschoben werden. So gesehen werden wir diese Kürzung nicht befürworten und dem Antrag, so wie er vom Gemeinderat gestellt wurde, unterstützen.

Küng Magdalena, Grüne: Die Grünen haben inhaltlich zum Geschäft keinen Einwand. Der Bedarf ist klar ausgewiesen. Der Bericht und Antrag wurde viel zu spät gestellt. Dies mag so sein, aber das zeigt einmal mehr, dass die Planung und Verwaltung nicht so ein geradliniges und einfaches Geschäft ist, wie wir uns das hier im Saal manchmal vorstellen. Betreffend dem Kürzungsantrag der GPK sind wir unterschiedlicher Meinung und werden somit dementsprechend abstimmen.

Hufschmid Hans, CVP: Der Friedhof von Wohlen ist eine Oase der Ruhe und Besinnlichkeit. Es ist eine schöne und zweckdienliche Anlage. Die CVP-Fraktion ist sich voll bewusst, dass die Urnenplattengräber dringendst erweitert werden müssen und dass das Gemeinschaftsgrab für die Ergänzung von Namenssteinbändern angepasst werden muss. Der vorliegende Bericht und Antrag kommt in Folge der vorherrschenden Dringlichkeit reichlich spät. Es darf in Wohlen nicht passieren, dass für Urnenbeisetzungen plötzlich keine Urnenplattengräber mehr angeboten werden können. Die CVP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag grossmehrheitlich und nur unter der Bedingung zustimmen, wenn die Gesamtkosten um CHF 50'000 auf neu CHF 740'300 gesenkt werden.

Palmieri Marco, SVP: Im Bericht und Antrag 12005 vom April 2010 hat man die gesamte Urnenfläche inklusive Gemeinschaftsgrab und Gestaltungskonzept Gesamtanlage auf knapp CHF 900'000 berechnet. Bei beiden Etappen handelt es sich um die gleiche Fläche. Sie sind gespiegelt angeordnet. In der Kostengabe für die 1. Etappe, bewilligte der Einwohnerrat einen Betrag von CHF 480'000. Dies ergibt somit für die 2. Etappe einen Kostenblock von CHF 420'000. Heute sprechen wir für die 2. Etappe von einem Kostenblock von CHF 790'000. Also etwa CHF 370'000 mehr. Bringen wir die bedarfsgerechten Mehrkosten durch die bedarfsgerechte Anpassung der 2. Etappe in die Kalkulation ein mit dem Betrag von CHF 290'000. Dann bezahlen wir jetzt CHF 100'000 zu viel. Im Bericht von 2010 steht dringender Handlungsbedarf. Heute steht wieder dringender Handlungsbedarf. Ich frage mich, wo ist hier die mittelfristige Planung geblieben. In der Verwaltung Abteilung Planung, Bau und Umwelt ist schon länger bekannt, dass die verfügbaren Urnenplattengräber nicht mehr lange ausreichen. Trotzdem hat man angeblich bei der Planung weiter zugewartet. In diesem Ressort muss einiges schief gelaufen sein. Mit einer mittelfristigen Planung hätte man die eigenen Ressourcen besser nutzen können und die heute überrissenen hohen Honorarkosten durch Eigenleistung erheblich reduzieren können. Durch die nicht weitsichtige Denkweise

verlieren wir fast eine Viertelmillion. Das ganze wird uns in der erfolgten 1. Etappe und mit einer Annahme der 2. Etappe knapp CHF 1,3 Mio. kosten. Mit diesem Geld könnte man auf dieser Fläche locker ein Zweifamilienhaus bauen. Wir können nicht einsehen, warum es so teuer sein muss. Die SVP ist überzeugt, eine einfachere günstigere Ausführung von der 2. Etappe wäre der bessere Weg gewesen. Die mittelfristige Planung und beispielsweise andere oder dünnere Steine nehmen, besser verhandeln usw. Die SVP Wohlen kann den beantragten und überrissenen Kredit von CHF 790'000 nicht gutheissen. Wir wären nur bereit gewesen, einen Kredit von maximal CHF 700'000 zuzustimmen. Wir werden somit den Bericht und Antrag grossmehrheitlich ablehnen.

Sax Simon, GLP: Wir danken der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage. Für uns ist es unbestritten, dass es die geplante Erweiterung dringend benötigt. Die Urnenplattengräber scheinen ein grosses Bedürfnis der Bevölkerung zu sein. Für uns hat die Vorlage jedoch zwei Wehrmutstropfen.

Dringlichkeit

Der knapp werdende Platz ist mit Bestimmtheit nicht von heute auf morgen entstanden. Mit ein bisschen mehr Weitsicht hätte die jetzt anstehende Feuerwehrrüfung vermieden werden können.

Planungskosten

Wir schliessen uns der GPK-Meinung an. Wir finden insbesondere die Planungskosten für die Projektwiederholung zu hoch. Die Planungskosten von rund CHF 120'000 entsprechen bei einem Angestelltenverhältnis einem guten Jahresgehalt. In der Offerte geht es aber nicht um ein Angestelltenverhältnis sondern um ein Auftragsverhältnis. Der Planer hat in der vorliegenden Offerte mit einem Stundenansatz von CHF 135.00 gerechnet. Umgerechnet entspricht das Planerhonorar immer noch einer Arbeitsleistung von über 800 Stunden. Das sind über 100 Tage, die er von Morgenfrüh bis abends spät nichts anderes macht, als die Planung zu begleiten respektive die Erweiterung der Urnengräber. Wir werden dem Änderungsantrag der GPK zustimmen und in der Folge dessen auch dem Antrag.

Einzelvoten

Stäger Urs, SVP: Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen, dass die GPK den Änderungsantrag einstimmig beschlossen hat und die Kosten als deutlich zu hoch erachtet. Es sind übrigens Ressourcen in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt vorhanden, welche man frei machen könnte. Es gibt temporär angestellte Mitarbeitende mit Fachwissen, welche bereit wären, ihr Pensum zu erhöhen. Das dies etwas kostet, ist uns auch klar. Deshalb möchten wir auch nicht den gesamten Betrag kürzen, sondern lediglich CHF 50'000.

Lütolf Harry, CVP: Wir haben hier noch eine kleine Differenz. Wir haben vorher vom zuständigen Gemeinderat erfahren, dass dasselbe Büro berücksichtigt wurde wie bei der Erstellung der 1. Etappe. Auf der anderen Seite wurde vom Präsidenten der GPK erwähnt, dass immer der höchste Tarif gemäss Offerte verrechnet wird. Hier geht etwas nicht auf. Wir haben auf der einen Seite die Aussage, dass es berücksichtigt wird. Dies müsste in der Folge auch in einem tieferen Satz zum Ausdruck kommen oder eben es wird immer und überall der volle Satz verrechnet.

Im Übrigen möchte ich noch festhalten, dass der Antrag meiner Meinung nach seriös gestellt ist. Der Antrag wurde neutral formuliert. Weiter ist es noch wichtig, dass wir noch nichts unterschrieben haben und somit noch keine Verpflichtung gegenüber diesem Büro eingegangen wurde. So haben wir die Möglichkeit erhalten, es rückgängig machen zu können. Ich bitte darum, die Differenz auszuräumen.

Lanz Christian, SVP: Sie haben verschiedene Voten gehört. Unter anderem von Urs Stäger, dass wir Personal in der Gemeindeverwaltung angestellt haben, welche ihr Stellenpensum erhöhen könnten, ohne dass dies uns viel Geld kosten würde. Anlässlich der Behandlung des Budgets und der Rechnung ist uns sehr wohl bekannt, dass stets sehr hohe Planungskosten bei uns anfallen. Wir von der SVP stellen den Antrag, den ganzen Betrag um CHF 70'000 also auf CHF 720'000 zu kürzen. Auch dann ist das Projekt immer noch realisierbar.

Kuhn Urs, Gemeinderat: In meinen Augen ist es fahrlässig, wenn wir uns immer mehr wie in einem indischen Basar verhalten und einander mit Reduktionsvorschlägen überbieten. Ich weiss zum heutigen Zeitpunkt nicht hundertprozentig, ob das Projekt mit einer Kürzung von CHF 50'000 noch realisierbar ist. Ich möchte daran ermahnen, dass die Bezugsgrössen manchmal heikel sind. Wir sprechen im Friedhof nicht von Wohnungsbau. Somit ist der Vergleich mit dem Bau eines Zweifamilienhauses nicht wirklich realistisch und bringt uns eigentlich nicht wirklich weiter.

Bei der Erstellung der 1. Etappe der Urnengräber im Jahr 2010 war eine andere Anzahl Art der jeweiligen Gräber vorgesehen. Man ging davon aus, dass nicht so viele Urnengräber benötigt werden würden. Die Nachfrage nach den Gräbern ist nur schwer vorhersehbar. Wir haben dort einen Entscheid gefällt, wie die Urnengräber aussehen sollten und uns entschieden, wie es materialisiert werden soll.

Ich bitte Sie, den Antrag der SVP nicht entgegenzunehmen. Ansonsten wird das Projekt wohl nicht umsetzbar sein.

Konrad Roland, Leiter PBU: Der Wiederholungsfaktor ist berücksichtigt. Dieser beträgt 0,85. Das heisst um 15% reduziert. Die Honorarberechnung nach SIA-Tarif bezieht sich auf die Bausumme, also die sogenannte honorarberechnete Bausumme. Dies ist ein Wert, den man berechnen kann. Ich kann Sie dahingehend beruhigen, dass nur nach effektivem Aufwand abgerechnet wird. Das Büro wird die Stunden nachweisen müssen und dies betrifft vor allem die Ausführungsplanung. Es müssen Pläne gezeichnet werden. Wir sprechen zwar von einer Spiegelung der 1. Etappe. Es ist aber ganz etwas anderes. Wir haben nicht die drei Reihen, sondern sechs. Die Baubegleitung muss ausgeführt werden. Im Vergleich noch zur 1. Etappe hat man 23,3% Honorar im Bericht und Antrag aufgeführt. Nun spricht man von 19,2%. Wie man somit ersehen kann, ist eine Reduktion vorhanden. Gegenüber vom ersten Bericht und Antrag ist das effektive Honorar günstiger abgerechnet als im Kostenvoranschlag dargelegt.

Lanz Christian, SVP: Mein Vorredner Marco Palmieri hat es schon erwähnt, dass im Jahr 2010 dringender Handlungsbedarf bestand. Somit wissen wir dies schon seit sechs Jahren. Ich frage mich, warum der Gemeinderat und die Abteilung Planung, Bau und Umwelt nicht dazustehen können, dass sie es versäumt haben. Ein Angestellter der Abteilung Planung, Bau und Umwelt hatte ganz klar den Auftrag, dass Geschäft aufzugleisen und vorzubringen. Er hat es verpasst. Ich kann dieses Vorgehen nicht nachvollziehen. Jetzt ist es dringlich und die Kosten für die Planung sind viel höher.

Abstimmung Abänderungsanträge

Antrag SVP (Reduktion um CHF 70'000)	12	Stimmen
Antrag GPK (Reduktion um CHF 50'000)	23	Stimmen
Enthaltungen	2	Stimmen

Der Antrag der GPK obsiegt.

Abstimmung Abänderungsantrag

Dem Antrag der GPK

Der Verpflichtungskredit sei um CHF 50'000.00 zu reduzieren.

wird mit 31 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Abstimmung

Dem abgeänderten gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredites von brutto CHF 740'300.00 (inkl. MWST) für die Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen.

wird mit 35 Ja-Stimmen zu 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Bericht und Antrag 13110 Ersatzbeschaffung Atemschutzfahrzeug (ASF)
für die Feuerwehr Wohlen**

Stäger Urs, GPK: Das Atemschutzfahrzeug der Ortsfeuerwehr Wohlen/Dottikon hat mit 20 Dienstjahren sein Alter erreicht und muss ersetzt werden.

Die GPK dankt der Feuerwehr für das vorbildlich ausgearbeitete Pflichtenheft, das die im Finanzplan vorgesehene Beschaffung transparent macht. Drei Firmen haben offeriert, auf Grund der Auswertung des Pflichtenhefts hat die Unternehmung Rosenbauer den Zuschlag erhalten. Es ist zwar die teuerste Offerte, aber das Fahrzeug ist ein Meter länger gegenüber den Fahrzeugen der Mitbewerber. Dies rechtfertigt den Mehrpreis von CHF 2'000. Ein längeres Fahrzeug macht ebenfalls Sinn, weil die Feuerwehr oftmals mehr Material an die Einsatzorte mitnehmen muss und somit den Platz benötigt.

Als Besteller des neuen Atemschutzfahrzeuges ist die Gemeinde Wohlen in der Pflicht. Daher müssen wir den kompletten Betrag, welcher im Bericht und Antrag erwähnt ist, bewilligen. Die bereits zugesicherten Subventionen der Aargauischen Gebäudeversicherung (AGV) beträgt CHF 60'712, sowie der Eintausch werden im Anschluss abgezogen, so dass netto ein Investitionsvolumen von CHF 92'237.35 verbleibt. Die Differenz zum vorliegenden Bericht und Antrag erklärt sich, dass die Aargauische Gebäudeversicherung CHF 1'514.85 weniger subventioniert als bei der Ausarbeitung des Berichts und Antrages angenommen wurde. Die GPK dankt allen Feuerwehrleuten für ihren Einsatz gegenüber der Bevölkerung und stimmt dem Geschäft einstimmig zu. Die GPK empfiehlt dem Rat die Vorlage anzunehmen.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Herzlichen Dank an die GPK für die positive Aufnahme des Geschäftes. Die Ersatzbeschaffung des Atemschutzfahrzeuges ist im Ersatzbeschaffungskonzept der Feuerwehr Wohlen schon länger vorgesehen und entsprechend im Finanzplan. Wir sind hier leicht unter dem budgetierten Betrag, der im Finanzplan eingerechnet ist. Die Ersatzbeschaffung ist bald die letzte von einer Reihe von vielen Fahrzeugen, die wir in den letzten paar Jahren bewilligen durften. Keine Sorge, die nächste Hürde kommt dann, wenn wir vermutlich alle zusammen nicht mehr hier im Rat sind. Auch ich möchte an dieser Stelle recht herzlich der Feuerwehr danken aber vor allem der Kommission, die das ganze Geschäft ausgearbeitet hat. Die Feuerwehr steht jederzeit für die Beantwortung von technischen Fragen zur Verfügung.

Fraktionsmeinungen

Geissmann Armin, FDP/Dorfteil Anglikon: Aus Fehlern wird man klug. Wir hatten bereits schon andere Voten betreffend der Beschaffung von Fahrzeugen der Feuerwehr. Wir haben heute mit dem Konzept, der Planung und dem Finanzplan eine positive Ausgangssituation. Die Beschaffung erfolgt aufgrund des erarbeiteten Pflichtenheftes durch die Feuerwehrkommission. Die FDP/Dorfteil Anglikon steht voll und ganz hinter diesem Antrag. Wir danken der Feuerwehr und dem Kommandant für die Arbeit, die gute Vorbereitung und auch für den Einsatz zu Gunsten der Wohler Bevölkerung.

Muff Josef, SP: Wir stimmen dem vorliegenden Geschäft einstimmig zu. Ein Nein wäre ein schlechter Dienst an der Bevölkerung. Jeder ist sicher über den Dienst der Feuerwehr froh, wenn er ihn benötigt. Somit ist die Beschaffung dieses Fahrzeuges sinnvoll. Ich danke der Feuerwehr recht herzlich und hoffe, dass das neue Fahrzeug möglichst wenig zum Einsatz kommen muss.

Meyer Martin, CVP: Ich bedanke mich im Namen der CVP Wohlen über die sauber ausgearbeitete Vorlage und ebenfalls für den Einsatz, welcher tagtäglich geleistet wird. Es gibt nicht mehr viel zu sagen. Wir von der CVP werden dem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen.

Meier Daniel, SVP: Die Fraktion SVP steht hinter der Vorlage betreffend der Beschaffung eines Atemschutzfahrzeug für die Feuerwehr. Damit die Betriebssicherheit und die Einsatzbereitschaft in Zukunft sichergestellt werden kann, braucht es ein neues Fahrzeug.

Die Anschaffungen bei der Feuerwehr sind immer bestens durchdacht und weitsichtig geplant. Wir hoffen, dass das neue Fahrzeug trotz hohen Kosten möglichst wenig oder sogar nie zu einem Ernstfall eingesetzt werden muss.

Es wurde nicht das teuerste Fahrzeug ausgewählt, jedoch aber nach den besten Kriterien. Allerdings fragt sich, ob das alte Fahrzeug mit so wenig Kilometer nicht mehr als CHF 3'000 einbringen kann. An dieser Stelle unseren Verantwortlichen der Feuerwehr besten Dank

Frischknecht Julia, GLP: Gerne begründe ich Ihnen, weshalb wir dem Geschäft zustimmen werden. Es ist klar, dass nach 20 Jahren Einsatz ein neues Fahrzeug beschafft werden muss. Ersatzteile für das alte Fahrzeug sind nur noch schwer zu erhalten und deren Beschaffung gestaltet sich immer schwieriger und aufwendiger. Wir haben vorher schon gehört, dass wir in einem Ernstfall gerne ein funktionierendes und fahrtüchtiges Fahrzeug haben. Wir finden, dass das Auswahlverfahren verschiedener Gewichtungen der Kriterien sehr transparent ausgeführt wurde. Wir möchten der Feuerwehr ebenfalls für die Arbeit danken und wir werden dem Geschäft zustimmen.

Burkard Thomas, Grüne: Auch wir können dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen. Dies ist eine gute Sache und sie gibt keinen Anlass zur Kritik. Wir danken der Feuerwehr ebenfalls ganz herzlich für die Arbeit, die täglich geleistet wird und für die Ausarbeitung der guten Vorlage.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredites von brutto CHF 155'949.20 (inkl. MWST) für die Beschaffung eines Atemschutzfahrzeuges (ASF) für die Feuerwehr Wohlen.

wird mit 36 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Bericht und Antrag 13116 Genehmigung Kreditabrechnung – Ersatzbeschaffung (ADL) für die Stützpunktfeuerwehr Wohlen

Duschén Andrea, Präsident: Um Zeit zu sparen, werden sämtliche Kreditabrechnungen zusammen behandelt. Die Abstimmungen finden jedoch separat statt.

Hoffmann Thomas, Präsident FIKO: Die Prüfungsberichte aller traktandierten Kreditabrechnungen liegen heute schriftlich auf. Sie werden in meinem Votum feststellen, weshalb die Kreditabrechnungen später erschienen sind.

Traktandum 7 und 8

Ich erlaube mir die beiden Traktanden zusammenzufassen. Dabei handelt es sich um die Kreditabrechnung Nr. 13116 und Nr. 13115. Die Finanzkommission hat keine weiteren Bemerkungen und empfiehlt die beiden Kreditabrechnungen zur Genehmigung.

Traktandum 9

Die Trauergeschichte rund um das Jacob Isler-Areal hat ein Kapitel mehr. Der gesprochene Verpflichtungskredit wurde um CHF 55'000 oder 46% überschritten. Bei der Prüfung ist uns aufgefallen, dass der Kredit im Jahr 2011 bereits überschritten war und trotzdem kein Zusatzkredit eingeholt wurde. Es wurden Leistungen ausgeschüttet, die im Bericht und Antrag nicht so vorgesehen waren. Es wurden Zusatzabklärungen in Auftrag gegeben, ohne dass dies im Bericht und Antrag vorgesehen war oder dass ein Kredit zur Verfügung stand. Wir mussten leider feststellen, dass die Schnittstelle zwischen der Abteilung Planung, Bau und Umwelt sowie der externen Projektleitung nicht klar definiert wurde. Die Kreditabrechnung war bereits vorgängig schon einmal im Gemeinderat. Sie wurde jedoch zurückgestellt, weil die Begründungen nicht ausreichend gewesen sind. Die Finanzkommission konnte keinen Unterschied feststellen. Aus der Sicht der Finanzkommission sind sie immer noch mangelhaft. Die Finanzkommission hat sich schwer getan mit dieser Kreditabrechnung. Es wurden jedoch keine formellen oder inhaltlichen Fehler festgestellt, welche bei einer Rückweisung korrigiert werden könnten. Die Finanzkommission empfiehlt ihnen, diese Kreditabrechnung zu genehmigen und ein Kapitel der Trauergeschichte endgültig zu schliessen.

Traktandum 10

Der gesprochene Verpflichtungskredit für die Sanierung des Gewerberings oder Ausbau des Gewerberings wurde zwar um CHF 42'000 oder 8% unterschritten, trotzdem haben wir Beanstandungen. Für die absehbare Kreditüberschreitung liegt die Kompetenz für die Zusatzaufträge anscheinend in der Abteilung Planung, Bau und Umwelt. Ich weiss nicht, was passiert wäre, ob man den Zusatzauftrag gegeben hätte, wenn der Kredit schon überschritten worden wäre. Ich gehe jedoch davon aus, dass dies passiert wäre. Der Zusatzauftrag, auch wenn er sinnvoll wäre, ist nicht im Bericht und Antrag vorgesehen. Und somit stand kein Kredit zur Verfügung. Der Zusatzauftrag ist mit keinem einzigen Wort im Kommentar erwähnt. Auch hier sind der Finanzkommission wieder die Hände gebunden. Wenn wir diese Kreditabrechnung zurückweisen, wird der Kommentar angepasst und sie kommt wieder. An den Beträgen würde sich jedoch nichts ändern. Aus diesem Grund empfiehlt ihnen die Finanzkommission auch diese Kreditabrechnung zu genehmigen. Ich habe noch den Wunsch an den Gemeinderat und die Verwaltung. Nehmen Sie bitte die Erstellung der Kreditabrechnungen ernster. Besten Dank.

Fraktionsmeinungen

Sax Simon, GLP: Wir schliessen uns den Ausführungen der Finanzkommission an. Wir sind erstaunt über die Feststellungen und mussten hören, dass eine Rückweisung nichts bringen würde. Dies verstehen wir. Wir fragen uns trotzdem, warum man dann dies überhaupt prüfen muss oder was der Sinn von solchen Kreditabrechnungen ist. Grundsätzlich unterstützen wir nochmals die Finanzkommission. Wir legen der Verwaltung an das Herz, die Erstellung der Kreditabrechnungen wirklich ernster zu nehmen. Es kann doch nicht sein, dass zwei von vier Kreditabrechnungen mit Mängeln behaftet sind, die so im Nachhinein nicht korrigiert werden können.

Manimanakis Corinne, SP: Ich spreche gleich über alle vier Kreditabrechnungen. Unterschreitungen sind einem lieber als Überschreitungen. Was mit dem Jacob Isler Areal passiert ist, ist sicherlich nicht erfreulich.

Es ist aber auch so, dass die Gemeinderäte bzw. der Gemeinderat heute nicht mehr im Amt ist, als dies passiert ist. Auch die das Vorgehen bezüglich Gewerbering ist nicht vorteilhaft und hätte so nicht passieren dürfen. Aber uns sind leider die Hände gebunden. Wir nehmen alle vier Kreditabrechnungen zur Kenntnis und stimmen zu. Wir danken der Finanzkommission für ihre Arbeit und die Ausführungen.

Isler Roger, CVP: Wir stimmen auch allen vier Kreditabrechnungen zu. Wir schliessen uns betreffend der der Kreditabrechnung des Jacob Isler Areals und des Gewerberings dem Votum des Präsidenten der Finanzkommission an.

Lanz Christian, SVP: Der Präsident der Finanzkommission hat uns die Problematiken bereits sehr gut und verständlich erklärt. Bei den Abrechnungen der Traktanden 7 und 8 gibt es nicht viel zu ergänzen. Auf die Kreditabrechnung betreffend Gewerbering und dem Isler Areal müssen wir nicht im Detail eingehen. Es ist einfach bemühend, wenn man eine unkorrekte Kreditabrechnung erhält. Am Schluss stellt sich heraus, dass ein Teil der Turmstrasse erneuert wurde. Für uns ist es jedoch einleuchtend, dass wenn die Baustelle eingerichtet ist und die Maschinen vor Ort sind, dass man dies dann in einem Zug erledigen kann. Zumindest eine Information wäre jedoch angebracht gewesen. Somit könnte man im Gemeinderat und in der Finanzkommission Diskussionen verhindern. Das gleiche gilt auch für das Isler-Areal. Hier wurden ebenfalls einfach Sachen ausgeführt und es fand dadurch eine massive Kreditüberschreitung statt. Es wurde jedoch nie darüber informiert. Eine Rückweisung ist sinnlos, da das Geld ausgegeben wurde und wie Corinne Manimanakis bereits gesagt hat, sind gewisse Leute nicht mehr im Amt oder arbeiten nicht mehr auf der Verwaltung. So kann ohnehin nicht nachgefragt werden. Ich bitte den Gemeinderat darum, künftig öffentlich und vor allem transparenter zu informieren. Somit könnten wir uns einiges an Zeit sparen.

Heinsalo Mika, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich fasse ebenfalls alle vier Geschäfte zusammen.

Das Projekt betreffend Ersatzbeschaffung der Autodrehleiter weist eine Kreditunterschreitung auf, dank einem gewährten Zusatzrabatt.

Beim Geschäft betreffend dem Projektierungskredit für die Erneuerung des Schwimmbades und der Eishalle Wohlen konnte auf der Beraterseite eingespart werden. Ich frage mich, wieso man nicht zusätzliche, interne Ressourcen beantragt, anstelle jährlicher Kosten für externer Berater. Die gestrige Abstimmung zu Gunsten des Projektes zeigt, dass es weitergeht und unsere Fraktion erwartet, dass mit dem Einsatz von genügend internen Ressourcen, die Kosten von diesen Projekten unter Budget gehalten werden.

Aus der Kreditabrechnung betreffend dem Planungskredit für die Erstellung des Jacob Isler-Areal ist unerfreulicher Weise eine gewaltige Kreditüberschreitung zu entnehmen. Es ergibt jedoch keinen Sinn, nun noch lange darüber zu diskutieren, da die Verantwortlichen teilweise nicht mehr im Amt sind. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass im Rahmen eines neu eingeführten internen Kontrollsystems (IKS), zukünftig dem Einwohnerrat Nachtrags- und Zusatzkredite gestellt werden. So können künftig Anzeichen von möglichen Kreditüberschreitungen frühzeitig erkannt und die entsprechenden Massnahmen ergriffen werden.

Die letzte Kreditabrechnung betrifft den Baukredit „Ausbau Gewerbering“. Es ist erfreulich, dass es eine leichte Kreditunterschreitung gab und unsere Experten von der Abteilung Planung, Bau und Umwelt die Abschlussarbeiten begleitet haben. Wir fragen uns, weshalb das nicht immer so ablaufen kann. Wir werden allen vier Kreditabrechnungen einstimmig zustimmen.

Burkard Thomas, Grüne: Auch ich spreche gleich für alle Geschäfte miteinander. Wir Grünen heissen alle Anträge gut. Wir schliessen uns aber ganz klar dem Votum von Thomas Hoffmann und der Finanzkommission an.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung der Kreditabrechnung: Ersatzbeschaffung Autodrehleiter (ADL) für die Stützpunktfeuerwehr Wohlen

wird mit 36 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Bericht und Antrag 13115 Genehmigung Kreditabrechnung – Projektierungskredit Erneuerung Schwimmbad Bünzmatt und Neubau Eishalle Wohlen

Das Traktandum wurde unter dem Geschäft 13116 bereits behandelt.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung der Kreditabrechnung: Projektierungskredit Erneuerung Schwimmbad Bünzmatt und Neubau Eishalle Wohlen

wird mit 36 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimmen zugestimmt.

Bericht und Antrag 13112 Genehmigung Kreditabrechnung – Planungskredit für die Erstellung eines Gestaltungsplanes für das Jacob Isler-Areal

Das Traktandum wurde unter dem Geschäft 13116 bereits behandelt.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung der Kreditabrechnung: Planungskredit für die Erstellung eines Gestaltungsplanes für das Jacob Isler-Areal

wird mit 35 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

**Bericht und Antrag 13114 Genehmigung Kreditabrechnung – Baukredit
Ausbau Gewerbering, 2. Etappe**

Das Traktandum wurde unter dem Geschäft 13116 bereits behandelt.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung der Kreditabrechnung: Baukredit Ausbau Gewerbering, 2. Etappe

wird einstimmig zugestimmt.

Postulat 13054 Ergänzung des Konzepts „Politische Bildung bei Jugendlichen“

Severa Jan L., FDP: Trotz voller Traktandenliste und Entgegennahme des Postulates durch den Gemeinderat, drängt es mich ein kurzes Statement zu diesem Vorstoss abzugeben. Zu diesem Zweck möchte ich ihnen einen Satz aus dem Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 27. April 2015 vorlesen:

„Die hehren Absichten, die von den Gegnern des Postulats unterbreitet wurden, man könne andere Massnahmen treffen, sind gut, sie werden aber nicht umgesetzt werden.“ (H.L.)

Wortprotokolle sind einfach etwas Tolles. Sollten Sie noch nicht wissen, von wem diese Aussage stammt, liegt es wahrscheinlich daran, dass mir der aggressive Grundton noch nicht so leicht über die Lippen kommen will wie bei Harry Lütolf. Gerade wegen der damaligen Prognose freut es mich aber umso mehr, dass dieses Postulat

- a) Mit überparteilicher Unterstützung zu Stande gekommen ist,
- b) vom Gemeinderat entgegengenommen wird,
- c) auf Anklang beim Jugendrat gestossen ist.

Dafür gebührt allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön. Und für Harry Lütolf freut es mich ganz besonders, dass er sein Geld nicht mit der Wahrsagerei verdient, denn wie gut das funktioniert, durften wir heute alle selbst erleben.

Huwiler Paul, Vizeammann: Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen. Wir haben uns vom Jugendrat beraten lassen. Der Jugendrat hat dies studiert und kommt zum Entschluss, dass es in die richtige Richtung geht. Sie möchten aber noch das Hauptaugenmerk nicht alleine auf die Informationsanlässe legen, sondern auch die elektronischen und die neuen sozialen Medien einbeziehen. Wir haben nichts dagegen und werden den entsprechenden Bericht und Antrag ausarbeiten.

Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen. Der Vorstoss gilt als überwiesen.

Motion 13087 Privatisierung der Grüngut-Entsorgung und Änderung des Abfall-Reglements

Hoffmann Thomas, CVP: Der Gemeinderat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Der Wille von Franz Wille und weiteren 23 Einwohnerräten soll umgesetzt werden. Einige der zahlreichen Gründe, die für eine Motion sprechen:

- Die schriftliche Motion ist ausführlich begründet. Der Antrag ist sachlich und kurz. Er kann so umgesetzt werden. Ein Postulat ist unverbindlicher.
- Die Motion ist überparteilich. Mehr als die Hälfte des Einwohnerrates aus allen Fraktionen haben die Notwendigkeit eingesehen und die Motion mitunterzeichnet. Es haben 24 Personen unterzeichnet. Ich begreife nicht, warum der Gemeinderat dies nicht so übernimmt.
- Die Motion sorgt dafür, dass das Thema schneller und direkter bearbeitet wird, als dies mit einem Postulat möglich wäre.
- Kommt der Gemeinderat in seinem Bericht und Antrag zum Schluss, dass die Privatisierung nicht angestrebt werden sollte, kann er dies im Bericht und Antrag begründen und beantragen.

Zur sachlichen Umsetzung:

- Die verursachergerechte Entsorgung ist technisch und administrativ ausgereift und bereits erprobt.
- Mehrere Entsorgungs-Unternehmungen können sich für die Ausschreibung interessieren. Einige aus unserem Kantonsgebiet wären dazu in der Lage.
- In vielen Gemeinden und Städten funktioniert die Entsorgung mit Wägesystem klaglos. Auch in der nächsten Nachbarschaft wie Hägglingen.
- Die Privatisierung, dies freut mich als FIKO-Präsident besonders, würde den Gemeindehaushalt um etwa 2 Steuerprozent entlasten. Wenn wir in den nächsten Monaten das Budget behandeln, sehen Sie, warum mich dies freut.
- Der Administrationsaufwand für die Gemeinde hält sich in engen Grenzen. Das beauftragte Unternehmen bekommt einen Leistungsvertrag. Für Abrechnung und Inkasso ist das Unternehmen zuständig.

Die CVP Fraktion hält an der Motion fest und bittet den Gemeinderat, diese auch so zu übernehmen. Wenn nicht, bitten wir mindestens die 23 Mitunterzeichneten an ihrer Unterschrift auf der Motion festzuhalten und diesen Vorstoss als Motion zu überweisen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Der Einwohnerrat hat bereits vier Mal über die Grüngutentsorgung und dem verursachergerechten Prinzip zugestimmt. Es gab vier Mal eine Volksabstimmung und vier Mal wurde das verursachergerechte Prinzip abgelehnt. Das letzte Mal mit 62%. Somit ist ersichtlich, dass dies eine grosse Mehrheit des Volkes nicht wollte. Es stellt sich die Frage, weshalb es nun anders sein soll.

Die rechtlichen Abklärungen sind im Gange. Es ist jedoch nicht ohne eine Abrechnung möglich. Ich denke, Ihnen ist klar, dass ein anderes System benötigt wird, als beispielsweise in der Gemeinde Hägglingen. Ich bitte Sie daher, der Überweisung als Postulat zu zustimmen und so dem Gemeinderat eine grössere Flexibilität zu gewähren.

Fraktionsmeinungen

Frischknecht Julia, GLP: Dass wir diesem Geschäft positiv gesinnt sind, ist leicht ersichtlich. Wir haben unsere Unterschrift auch unter diese Motion gesetzt. Wie Thomas Hoffmann bereits erwähnt hat, sollten wir an dieser Unterschrift festhalten. Wir sind immer noch der Meinung, dass eine Motion der richtige Weg ist. Wir sehen das Geschäft als wichtig genug an, dass es einerseits dringlich behandelt werden soll und andererseits als Motion. So kann dem Gemeinderat verbindlicher Auftrag erteilt werden.

Einzelvoten

Stäger Urs, SVP: Meine Unterschrift ist nicht unter der Motion aber trotzdem unterstütze ich diese. Es entspricht nicht der Wahrheit, dass das verursachergerechte Prinzip vier Mal zur Abstimmung gelang. Die Vorlagen waren alles andere als verursachergerecht. So wie es die Motion beabsichtigt, auch wenn Sie nicht aus unserer Feder kommt, ist sie gerecht. Jeder bezahlt die Entsorgung seines Grüngutabfalls selber, wie wir dies schon beim normalen Kehricht haben. Wir haben durchaus eine sehr gute Firma in Wohlen, die dies kann und bereits in mehreren Gemeinden gewichtsabhängig durchführt.

Palmieri Marco, SVP: Wir hier im Saal sind Vertreter des Volkes. Nach meiner Erinnerung durfte das Volk bereits schon drei oder vier Mal darüber befinden. Wir diskutieren heute wieder über eine Grüngutgebühr, die das Volk gar nicht möchte. Ich frage mich, ob wir wirklich die Vertreter des Volkes sind. Ich werde dieser ganzen Angelegenheit nicht zustimmen.

Abstimmung

Die Motion wird mit 19 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen überwiesen.

Motion 13093 betreffend Strom aus 100 Prozent erneuerbaren Energien für gemeindeeigene Bauten und öffentliche Beleuchtung

Burkard Thomas, Grüne: Wir sind froh darüber, dass der Gemeinderat die Motion auch als Motion entgegen nimmt. Wir erachten die Thematik des Vorstosses sowohl als dringlich, wie auch als fundiert an.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Wie wir bereits kundgetan haben, werden wir die Motion übernehmen, weil sowohl die Eigentümerstrategie, wie auch das Energieleitbild dem entsprechen, was der Gemeinderat schon lange verfolgt. Dementsprechend möchten wir die Motion auch so übernehmen.

Severa Jan L., FDP: Ich stelle Antrag auf Nichtüberweisung der Motion 13093. Diese Motion ist ein weiterer Versuch der grünen Partei, unserer Gesellschaft ihren grünen Stempel aufzudrücken. Die gestrigen Ergebnisse an der Urne haben aber gezeigt, dass dies das Schweizer Volk nicht mit sich machen lässt. Ich lehne die Motion aus folgenden Gründen ab:

- Diese Motion ist teuer und unnütz. Einmal mehr wird der Bürger bevormundet und seine Steuergelder für unnütze Projekte aufgrund der Profilierungsneurose einiger Kleinstparteien verschwendet. Zu Hause soll jeder selbst entscheiden können, was für einen Strommix er oder sie verwenden will. Die Gemeinde muss aber einzig auf die Kosten schauen und diese sind für Ökostrom nun Mal am teuersten. Die einzige, welche sich über die Umsetzung dieses Vorstosses wirklich freuen würde ist die IB Wohlen AG, weil sie in den Genuss von neuen Gemeindesubventionen für ihren selbstproduzierten Strom kommen würde.
- An der letzten Budgetdebatte wurde das Energiestadtlabel abgeschafft. Eine Mehrheit dieses Rates hat damit also bereits klar gemacht, dass für solche grünen Experimente in der momentanen angespannten finanziellen Lage kein Platz ist.
- Beinahe anmassend finde ich zudem die Forderung der Motion aufzuzeigen, wie die entstehenden Mehrkosten kompensiert werden sollen. Bei jeder Budgetdebatte wehren sich Teile des inneren Rings, namentlich die Grünen, gegen Sparmassnahmen in der Gemeinde, mit der Begründung, die Zitrone sei bereits ausgepresst, weitere Einsparungen nicht mehr möglich und eine massgebliche Verbesserung durch effizientere Abläufe reines Wunschdenken. Sobald es aber darum geht, die eigene Utopie umzusetzen, sind diese Aussagen vergessen.

Ich bitte sie daher, meinem Votum zu folgen und dieser Zwängerei gleich zu Beginn den Stecker zu ziehen.

Frischknecht Julia, GLP: Ich finde es gut, wenn man motiviert ist und für seine Sachen einsteht, aber ich störe mich jedes Mal, wenn dies auf unanständige Weise geschieht. Nun ist dies wieder geschehen. Ich möchte es gesagt haben, dass wenn man eine andere Meinung hat als die anderen Leute, dass man dies ganz anständig mitteilen kann. So etwas lernt man von Anfang an. Ich finde, dass man dies auch so im Einwohnerrat weiterführen darf.

Küng Magdalena, Grüne: Unsere Grünenzwangsjacken haben wir schon lange verbrannt und wir produzieren aus diesem noch Ökostrom. Keine Sorge, wir wollen euch diese nicht mehr aufzwingen. Ich möchte Sie bitten, die Motion nicht zurückzunehmen und den Gemeinderat diese so annehmen zu lassen. Gerade weil wir das Energielabel abgewählt haben. Das heisst nicht, dass wir ohne Utopie in unsere Zukunft gehen können, weil es sonst einfach einmal sehr grau und bitter aussieht. Es ist so, dass die Nachhaltigkeit kostet. Aber was auch kostet, ist wenn wir unsere Produktionsgrundlagen beispielsweise verlieren und dann überhaupt nicht mehr anständig leben können. Ich möchte Sie daher darum bitten, dem Votum und Antrag von Jan Severa nicht zuzustimmen.

Stäger Urs, SVP: Ich sehe die energietechnische Zukunft nicht so grau und bitter. Ich unterstütze das Votum von Jan Severa. Ich bitte nun all diejenigen, welche jetzt für die Überweisung der Motion stimmen,

dann bei der Budgetsitzung, wenn wir über die Konzessionsabgabe der IB Wohlen AG abstimmen, unseren Antrag für die Heraufsetzung der Abgabe um CHF 100'000 zu unterstützen. Denn dann ist es ein Null-Summen-Spiel.

Koch Erwin, CVP: Es war etwas frech von Jan Severa. Jedoch hat er im Grundsatz Recht. Die Energiewende ist eingeläutet. Das ist eine Tatsache. Die Unabhängigkeit von fossilen Energien ist wichtig und anzustreben. Die Vorbildfunktion unserer Gemeinde Wohlen macht Sinn. Man kann dies verschieden anpacken. Die CVP hat dies nun nach eingehender Diskussionen einheitlich befürwortet. Ich möchte trotzdem noch ein Nachwort aussprechen. Nicht alles geht nur auf die grüne Energie, sondern wichtig ist zu sparen. Das gefällt mir hier in Wohlen nicht, denn wir haben eine gewisse Energieschleuder. Das Gebäude am Bankweg 2 ist nicht gerade das Beste. Hier im Saal ist es ein bisschen besser, aber das Gemeindehaus ist ebenfalls nicht als optimal zu bezeichnen. Wir haben noch mehr solche Gebäude. Das Schlössli wird ohne Isolation hergestellt und ich könnte noch mehr aufzählen. Es gibt einiges zu machen.

Lütolf Harry, CVP: Ich ziehe diese Diskussion gerne in die Länge. Wir haben erst 20:25 Uhr und ich denke, dass wir alle zu einer christlichen Zeit nach Hause kommen werden. Jan Severa hat ein amüsantes Votum gehalten. Ob es frech ist oder nicht, sei dahingestellt. Ich finde es interessant, dass er sagt, dass die kleinste Partei eine Profilierungsneurose hat. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass der Gemeinderat bereit ist, diese Motion zu übernehmen. Ergo hat auch der Gemeinderat eine Profilierungsneurose. Ich denke, dass wir nicht so weit gehen wollen. Jan Severa bringt noch etwas anderes durcheinander. Es geht hier in der Motion um gemeindeeigene Bauten und um öffentliche Beleuchtung. Gemeint sind nicht private Beleuchtungen bei der Bevölkerung zu Hause. Ich glaube, Jan Severa legt keinen grossen Wert darauf, ob die Strassenlampe vor seinem Haus mit Ökostrom betrieben wird oder nicht. Es geht um die öffentliche Beleuchtung. Wenn Jan Severa privat gerne Atomstrom verwenden möchte, dann kann er das problemlos machen. Hier sollte die Gemeinde eine Vorbildfunktion und Vorreiterrolle übernehmen bei ihrer eigenen Beleuchtung. Wir als Eigentümer dieser Beleuchtung können selbst bestimmen, wie wir dies gerne hätten. Ich denke, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir können dies nun entscheiden.

Severa Jan L., FDP: Ich möchte nur kurz auf das Votum von Harry Lütolf eingehen. Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass es um gemeindeeigene Liegenschaften und öffentliche Beleuchtung geht. Lesen habe ich in der Schule gelernt. Ich bin mir ebenfalls bewusst, dass ich nicht aussuchen kann, mit was für Strom die Strassenlampen vor meinem Haus bzw. vor dem Haus meiner Eltern betrieben werden. Es ist mir aber auch bewusst, dass ich Teil der Gemeinde bin, so wie wir alle hier im Saal. Der Strom, der in den öffentlichen Beleuchtungen und in den gemeindeeigenen Liegenschaften verwendet wird, wird mit Steuergeldern finanziert, welche wir alle bezahlen. Dementsprechend ist mein Votum durchaus auf die gemeindeeigenen Liegenschaften und die öffentliche Beleuchtung anzuwenden, denn ich leiste hier auch meinen Beitrag daran.

Stäger Urs, SVP: Richtig Harry Lütolf. Aber der öffentliche Strom und die Strassenlampen bezahlen wir mit. In meinem eigenen Haus habe ich 70% LED-Lampen.

Abstimmung

Die Motion wird mit 19 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen überwiesen.

Motion 13092 betreffend Reduktion der Strassenbeleuchtung

Burkard Thomas, Grüne: Wir sind mit einer Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Ich möchte nochmals betonen, dass es um das Konzept der Reduktion der Strassenbeleuchtung geht. Der zentrale Punkt ist, dass man damit dem öffentlichen Ärgernis bezüglich der Lichtverschmutzung, welche leider immer mehr zunimmt, Einhalt gebieten möchte. Es wäre sicherlich so, dass man Strom sparen könnte. Die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung darf man jedoch nicht ausseracht lassen. Ich kann mir vorstellen, dass Abklärungen bezüglich dieser Thematik mehr Zeit benötigen. Uns ist wichtig, dass dies seriös abgeklärt werden kann.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Wie euch bekannt ist, will der Gemeinderat die Motion als Postulat übernehmen. Auch hier bitte ich Sie darum, dass Sie uns die Flexibilität geben. Wir möchten verschiedene Abklärungen betreffend der Verkehrssicherheit machen. Die Nachtabschaltungen sind umstritten und genau deswegen möchten wir nähere Abklärungen mit der IB Wohlen AG tätigen. Wir möchten lieber die öffentliche Beleuchtung auf den neusten technischen Stand bringen. Das heisst weniger Strom und weniger Lichtverschmutzung. Diesen Schritt möchten wir gerne mit der IB Wohlen AG gehen. Daher bitten wir Sie um Zustimmung, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen. Der Vorstoss gilt als überwiesen.

Duschén Andrea, Präsident: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 17. Oktober 2016 um 18.00 Uhr statt.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll



Andrea Duschén
Präsident



Michelle Steinauer
Gemeindeschreiber-Stv.